

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halb-jährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnord-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insetrate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

**S.** P. P. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Kabinettschreiben vom 6. Oktober d. J. dem Fürstbischofe von Görz, Dr. Andreas Sollmayr, und dem Erzbischofe von Zara, Peter Alexander Maupas, die geheime Rathswürde mit Rücksicht der Taxen allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Justizministerium hat den Wiener Landesgerichtsoffizialen, Sebastian Winter, zum Hilfsämterdirektor bei dem Kreisgerichte in Wiener-Neustadt ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 8. November.

Die französische Thronrede bildet begreiflicherweise den Inhalt der Leitartikel aller politischen Blätter. Nach der ersten Ueberraschung, die sich auch der Börse mittheilte, ist wieder Besonnenheit eingelehrt und man betrachtet das Ereigniß — denn ein solches ist die Rede — mit Ruhe und Ueberlegung. Die Wiener Blätter theilen sich so ziemlich in zwei Gruppen, jene, die den düstern Ahnungen, welche sich gleich an den ersten Eindruck der Thronrede anknüpften, auch heute Ausdruck geben, und solche, die bemüht sind, dem Wortlaut der Napoleonischen Rede die günstigste Auslegung zu geben. Die Ersteren gehen von der Anschauung aus, daß Oesterreich sich zu einer Beschickung des allgemeinen europäischen Kongresses nicht herbeilassen dürfe; die Letzteren sehen jedoch diese Eventualität nicht als unmöglich an. Die „Presse“, die noch gestern die Offenheit und sonstige herrliche Eigenschaften der Thronrede nicht genug rühmen konnte, nennt dieselbe heute einen „Theatercoup“ und bestreitet dem Franzosenkaiser die Berechtigung, eine solche Sprache zu führen. Der „Botsh.“ hingegen ergeht sich in einer Aufzählung der Gründe für diese Berechtigung, ja er behauptet sogar, „Europa brauche Jemand, der diese Sprache führt. Weßhalb sind wir ihm nicht zuvorgekommen? Die einzige Erwiderung auf die Thronrede Napoleons III., welche einen Sinn hat, sei die augenblickliche Bestellung eines deutschen Direktoriums mit oder ohne Preußen, und die ungesäumte Einberufung der deutschen Bundesabgeordneten nach dem Wahlmodus der Frankfurter Reformakte.“

Das „Fremdenbl.“ sieht auch heute keinen Grund zu Kriegsbesürchtungen, indem der Ausführung der Kongressidee kein Hinderniß im Wege liegen sollte. Dasselbe Blatt hält die polnische Frage nunmehr für begraben und stimmt insofern mit der „Morgenpost“ überein, welche darin wenigstens eine Suspension derselben erblickt, und den bevorstehenden Kongress als einen „Frieden der Nationalitäten“ bezeichnet.

„Vergessen wir bei Allem, — so schließt der Artikel dieses Journals — das Eine nicht, daß der Kaiser Napoleon mit keinem Worte einer Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens Ausdruck gegeben hat. Dieses wiegt vielleicht schwerer als alle die Worte, die Europa gehört hat.“

Am schwärzesten sehen die „Ost. Post“ und der „Dr. Lloyd“, welcher letzterer die Spitze der ganzen Rede gegen Oesterreich gerichtet sieht, welches nun jenem Schicksale entgegengehe, das dieses Blatt schon in Nummer so und so viel prophezeit hat.

Die „Ost. Post“ will auch erfahren haben, daß die Thronrede gestern Gegenstand einer dreistündigen Ministerkonferenz unter dem Vorsitze Sr. Maj. des Kaisers war, über deren Resultat nichts bekannt ist. Im französischen Botschafts-Hotel soll man nicht weniger überrascht gewesen sein, als allerwärts.

Wenn man weiteren Andeutungen Glauben schenken darf, so ist die österreichische Regierung geneigt, den Kongressvorschlag keineswegs in erster Linie abzuweisen, vielmehr soll die zu beobachtende Haltung vor Allem mit dem englischen Kabinete vereinbart werden.

Es geschieht bekanntlich nur in den seltensten Fällen, daß das streng amtliche Organ der englischen Regierung, die „London Gazette“ diplomatische Aktenstücke des Foreign Office vollständig oder theilweise veröffentlicht. Nun erfährt man aber auf telegraphischem Wege, daß die „London Gazette“ von der Depesche Notiz nimmt, welche Graf Russell unter dem Datum des 20. Oktober nach St. Petersburg absandte und es wird das Hauptargument dieser Depesche hervorgehoben: daß die Rechte der Polen, wie die Rechte Rußlands auf Polen in demselben Schriftstücke stehen, d. h. beide auf den Verträgen von 1815 beruhen. Wenn man nun berücksichtigt, daß die französische Thronrede vorgestern Abend in London bekannt war, das amtliche Organ der englischen Regierung aber heute jene ganz ausnahmsweise Veröffentlichung bringt; so dürfte man wohl berechtigt sein, hieraus den Schluß zu ziehen, daß die englische Regierung, welche allezeit und insbesondere in der polnischen Frage die fortdauernde Rechtsgiltigkeit der Verträge von 1815, abgesehen selbstverständlich von den Punkten, in welchen dieselben von den Vertragsmächten umgestaltet wurden, anerkannt hat, nicht die von Sr. Maj. dem Kaiser der Franzosen in seiner Thronrede ausgesprochenen Ansicht theile, es hätten die Verträge von 1815 aufgehört zu existiren.

## 35. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 5. November.

(Schluß.)

Dr. Groß. Er fühle sich bestimmt, sowohl gegen die Regierungsvorlage als gegen den Ausschußantrag zu stimmen. Er wolle keine Gefühlspolitik treiben, weil er dadurch in die Lage käme, den andern Königreichen und Ländern Unrecht zu thun. Für's Erste halte er das Haus nicht kompetent dazu. Die Sache sei Landesangelegenheit und er finde in der Version keine Anhaltspunkte, die Sache in die Hand nehmen zu dürfen. Der ungarische Landtag würde dieser Ansicht beitreten. Die Abwesenheit des Herrn Hofkanzlers bestätige dies, er anerkennt auch nicht die Kompetenz des Hauses. Auf die Sache selbst eingehend, sagt Redner, er habe keine Anhaltspunkte für die Größe des Schadens. Die vorgelegte statistische Tabelle sei ihm ungenügend, er wisse, wie solche Tabellen zu Stande kommen und wenn sie schon in andern Ländern sehr unzuverlässig sind, um wie viel mehr in Ungarn, wo die politische Organisation mit der der andern Länder sich doch nicht messen könne. Man müsse sich ferner fragen, ob keine Landesmittel mehr vorhanden sind und diese Frage könne man nur bejahend beantworten. Diese seien zuerst berufen, Abhilfe zu treffen, man werde sagen, es sei kein Organ vorhanden, welches mit den Landesmitteln verfügen könne. Wenn aber die Hofkanzlei nicht berechtigt ist, dies zu thun, so hätte man den ungarischen Landtag ad hoc zusammenberufen sollen, natürlich zur rechten Zeit. Hat man dies nicht gethan, so frage er, wie kommen die andern Länder dazu, diese Unterlassung mit ihrem Gelde zu bezahlen. Redner weist darauf hin, daß auch in andern Ländern genug Noth bestehe und fragt, was man für diese gethan habe. Er werde also gegen beide Vorlagen stimmen.

Wende. Er könne mit dem Ausschußantrage nicht einverstanden sein. Er wolle nicht die politische Seite der Frage in Betracht ziehen, wenn es sich darum handelt, dem Brudervolke die Hand zu rei-

chen, so dürfe man an diese nicht denken. Ungarn brauche ein Darlehen, um für den Staat wieder steuerfähig gemacht zu werden und habe sich damit an die Regierung gewendet. Diese habe nun die Summe von 30 Millionen ausgesprochen. Niemand im Hause werde die Zusammengehörigkeit bezweifeln und es handle sich nur um die Größe der Ziffer. Er sei der Ansicht, das Reich habe dem Lande die 30 Millionen vorzustrecken und es diesem zu überlassen, wie es dieselben verwenden wolle. Das Haus habe keine positiven Anhaltspunkte über die Größe des Schadens und er bedauere, daß Ungarn nicht seine Vertreter im Hause habe, welche aus persönlicher Anschauung die besten Aufklärungen hätten geben können. Redner wendet sich gegen den Ausschußbericht. In demselben seien die früher jurisdiktionsberechtigten Gutsbesitzer von der Subvention ausgeschlossen, dieses mit Unrecht. Denn in Ungarn gäbe es Besitzer von 100 Joch Acker, welche früher 2 oder 3 Untertanen hatten, über welche sie jurisdiktionsberechtigt waren, und diese auszuschließen wäre ein eben so großes Unrecht als ein Unglück. Er zeige aber, daß man die Verhältnisse des Landes nicht kenne. Deshalb sei er der Meinung, das Darlehen sei dem Landesfonde zu übergeben und dieser hätte auch für die Rückzahlung zu garantiren. Redner behält sich vor, bei der Spezialdebatte seine Anträge zu stellen. (Bravo.)

Mühlfeld spricht in längerer Rede gegen den Ausschußantrag und für die Regierungsvorlage. Zuerst die Kompetenzfrage berührend und betonend, daß es sich um eine, wenn auch nur vorläufige Hilfe aus Reichsmitteln handelt, widerlegt er jene Bedenken eines Vorredners, welche aus der Abwesenheit des ungarischen Hofkanzlers abgeleitet wurden, mit der einfachen Bemerkung, daß ja die Vertreter des Hofkanzlers im Hause erschienen seien. Ungarn könne man es nicht entgelten lassen, daß der Landtag nicht eintreten ist, oder daß die Regierung einem andern Lande eine Hilfe nicht gewährt hat, welche vielleicht gar nicht angesprochen wurde. Für den vom Ausschusse vorgenommenen Abstrich sei ein genügender Grund nicht vorhanden. Will man den von den Behörden vorgenommenen Erhebungen über die Höhe des Bedarfes nicht Glauben schenken? Auch mit einer Enquete durch eine Kommission des Abgeordnetenhauses wäre nichts gewonnen, denn auch diese Kommission könnte nicht überall an Ort und Stelle untersuchen. Die Behauptung, daß die Elaborate der ungarischen Behörden unrichtig seien, müßte erwiesen sein, aber ein solcher Beweis wurde nicht einmal versucht, und wenn anerkannt wird, daß der unglückliche Nothstand eine radikale Hilfe unmöglich erscheinen läßt, so sei es doch wahrlich bedenklich, nun auch noch an dem Wenigen was beansprucht wird, zu mäkeln. — Was die finanziellen Interessen betrifft, so trage Ungarn an der zu bewilligenden Summe redlich mit, übrigens handle es sich ja eigentlich nur um eine Intercession als Bürge. Wo es sich aber nur um Anrufung des Kredites handelt, da finde er es sonderbar, wenn man am Vorabende des Tages, wo der Staat ein Anlehen macht, so viel über die unglückliche Lage des Staates zu reden weiß, der schon dahin gekommen sei, daß zehn Millionen über die Grenzen seines Kredites gehen! Redner geht nun auf die politische Seite der Frage über, wie glücklich auch die Erfindung des Abstriches von 10 Millionen in finanzieller Beziehung sein mag, politisch sei sie es nicht. Das Ganze und dessen Vertretung dürfen die Interessen und Bedürfnisse der einzelnen Theile nicht als fremd betrachten, weil sie sich sonst diese Theile entfremden. Heute handelt es sich um Ungarn, morgen vielleicht um ein anderes Land — zu bedenken sei, daß die Vertreter Ungarns im Reichsrathe fehlen; so wie er (Redner) glaube, daß man sich durch den Widerstand nicht am Ausbau des staatlichen Orga-

nismus hindern lassen dürfe, ebenso dürfe man aber auch nicht den Schein annehmen, als wolle man den Widerstand Ungarns bestrafen und man solle sich also vor Beschlüssen hüten, von denen man sagen könnte, sie wären anderswie gefallen, wenn die Vertreter Ungarns anwesend gewesen wären. Durch Mäkeln führe man die Ungarn zu der Ueberzeugung, in diesem Reichsrathe sei für sie und ihre Interessen keine Partei zu finden, und er erinnere an ein Wort, das in den ersten Maitagen unseres Verfassungslebens gesprochen war. In der ersten Adresse des Hauses finde sich ein Appell an die Brüderlichkeit und Gemeinsamkeit in Leid und Freud, in schlechten und guten Tagen. Heute sei der Tag, diese Worte wahr zu machen, und darum stimme er für die Regierungsvorlage. (Lebhafter Beifall.)

Herbst verwarf den Ausschuss und das Haus gegen die Interpretation, welche der beantragte Abstrich von Seite Mühlfeld's gefunden und meint, die Frage sei vom Vorredner künstlich heraufgeschraubt worden. Er verweist auf den auch in anderen Ländern, namentlich in den Baumwoll-Industrie-Bezirken herrschenden und noch immer drohenden Nothstand, ungeachtet dessen der Ausschuss eine so beträchtliche Summe für Ungarn votiren wolle. Weiter vertheidigt er den Ausschuss wegen seines Abstriches mit der Bemerkung, daß Streichungen in jedem Budget vorkommen, obgleich man vor dem Ministerium immer voraussetzen müsse, daß es nicht absichtlich zu viel verlangt, und geht endlich in eine ziffermäßige Darstellung ein, aus welcher hervorgehen soll, daß die Ziffer von 30 Millionen allerdings zu hoch gegriffen sei. Zum Beweise, daß die Schätzungen bei öffentlichen Kalamitäten gewöhnlich hoch gegriffen werden, erwähnt er noch der letzten Sammlungen für die Ueberschwemmten, wo die aufgebrauchten Summen nicht gänzlich verwendet werden konnten.

Dr. Ryger. Er wolle den Standpunkt der wahren Interessen-Vertretung wahren. Er sei nicht hierher gesendet worden, einzelne Wohlthaten zu votiren, sondern die Interessen des Gesamtstaates zu vertreten. Aus den vorliegenden, von dem ungarischen Statthaltereirathe Aponyi gefertigten Erhebungen gehe hervor, daß zur Deckung des eigentlichen Nothstandes (Erforderniß zu Saatförnern und für Lebensmittel) 7,307,425 fl. nothwendig sind. Und angenommen, es seien 15 Millionen, wie Professor Herbst bemerkt, so sei dieß eben das Nothwendigste und alles Andere sei bloß ein Appell an das Gefühl. Auf die Anordnung öffentlicher Bauten übergehend, sucht Redner nachzuweisen, daß diese dem Lande gar nicht zu Gute kommen werden, sondern nur eine Schaar Arbeiter aus anderen Kronländern heranziehen werden. Redner schließt, es dürfe nicht mehr geboten werden, als wirklich nothwendig ist, und befürwortet die Votirung von 15 Millionen.

Schindler. Er wolle ein Paar neue Gesichtspunkte der Frage beleuchten. Die Frage habe durch die Art und Weise, wie sie behandelt wurde, sich nicht einer gewissen politischen Bedeutung entziehen können. Redner erwähnt der auch in anderen Ländern herrschenden Noth und sagt: Nothstände können nicht verglichen werden. Die Noth Ungarns könne man nicht mit der der anderen Länder vergleichen; während der Noth Ungarns die Gnade des Himmels rasch ein Ende machen könne, frage er, worauf die durch schlechte Handelspolitik in Nothstand versetzten Länderstriche (Baumwoll- oder Eisenindustriebezirke) hoffen sollen? Er erwähne dieß nur, um die gerechten Ansprüche dieser Bezirke zu wahren. Redner bekämpft noch die staatsrechtlichen Expositionen Mühlfeld's und erklärt, ihm scheine die Ansicht des Ausschusses gerechtfertigt und er werde für das anzuhoffende Amendement Mende stimmen.

Dr. Rehbauer. Es sei die Pflicht, die Verfassungsfrage gegenüber Ungarn zur Sprache zu bringen. Er müsse sein Bedauern ausdrücken, daß man noch nicht die Regelung dieser Verhältnisse in die Hand genommen habe. Die Regierung habe wiederholt die Bereitwilligkeit ausgesprochen, den ungarischen Landtag zusammenzuberufen, aber es sei noch immer nichts geschehen, diese Angelegenheit zu ordnen. Wenn man aus höheren Gründen dieß nicht für thunlich geglaubt hat, so wäre doch der Nothstand die günstigste Gelegenheit dazu gewesen. Der Ausschussbericht sage, weil die Landesvertretung nicht beisammen sei, trete die Reichsvertretung in die Pflicht ein. Diesen Grundsatz halte er für sehr gefährlich, weil auf diesem Wege die Landtage auf ewig vertagt und ihre Funktionen dem Reichsrathe übertragen werden können. Als einziger korrekter Weg zur Abhilfe, glaube er, wäre der Regierung ein Kredit zu bewilligen und dieselbe zugleich zu beauftragen, sich auf verfassungsmäßigem Wege mit dem ungarischen Landtage über Verwendung und Garantie in Verbindung zu setzen. Da aber dieser einzig korrekter Weg wegen des drohenden Nothstandes zu weit und nicht durchführbar ist, enthalte er sich jeden Antrages. Aus den Vorlagen könne man sich keinen Ueberblick des Nothstandes verschaffen und er glaube daher, es

seien der Regierung 30 Millionen zu bewilligen. Wolle aber das Haus nur 20 Millionen bewilligen, werde er sich auch zufrieden geben, weil dadurch schon die Möglichkeit geboten wird, dem Landtage, der inzwischen einberufen werden kann, die weitere Abhilfe zu überlassen. Jedenfalls müsse er den Wunsch nach baldiger Regelung der ungarischen Frage aussprechen.

Puzer befürwortet die Regierungsvorlage, da ihm aus dem ganzen Berichte nirgends hervorzugehen scheine, daß die Regierung mehr gefordert habe als wirklich nothwendig ist.

Finanzminister v. Plener. Die Regierung hat den Grundsatz festgehalten, daß, wer immer und wie immer im großen Reiche in Unglück gerathen ist und auf die Hilfe des Reiches Anspruch erhebt auch die Hilfe des Reiches erhalten soll. Die Zusammengehörigkeit und das Zusammenstehen der Glieder des Reiches sollen aber in der Hilfe, die vom Reiche kommt, ihren lebendigen Ausdruck finden. Kompetenzbedenken sind bei der Erwägung der ungarischen Nothstandsfrage der Regierung in der That nicht entgegengetreten, so wenig als solche denkbar waren, als es sich um Subventionen für andere Theile des Reiches Dalmatien oder Istrien handelte. Die unmittelbare Einwirkung der Reichsbehörden bei der Schaffung der öffentlichen Arbeiten, ferner die Unmittelbarkeit der Unterstützung und Vorschüsse an die nothleidenden Gemeinden beabsichtigt die Interzession einer Mittelperson, eines dritten Mitkontrahenten z. B. des Landesfondes auszuschließen. Denn man wollte eine gleiche Behandlung eintreten lassen, wie es in ähnlichen Fällen im ganzen Reiche gehalten worden ist und gehalten werden soll. Die Erhebungen wurden von gemischten Kommissionen (Finanz- und politischen Beamten) vorgenommen, die Resultate dieser Erhebungen sind in der dem Ausschussberichte beigegebenen Tabelle niedergelegt. Die Erhebungen selbst wurden zur Einsicht und Benützung zu Gebote gestellt. Nicht zu übersehen ist, daß die ganze Tabelle nur den Ausfall an Ernte, Saat und Brotfrüchten zum Gegenstande hat. Der ungeheure Ausfall an Arbeits- und Nutzvieh, an Futtermitteln, die Summen für die Beschaffung von Vieh- und Winterfutter sind in die Tabelle nicht aufgenommen, deren Schlusssumme daher auch nicht allein als maßgebend angenommen werden kann, um den Gesamtanspruch, welcher noch ganz andere Kategorien von Hilfen umfaßt, zu beurtheilen oder auszuschließen zu motiviren; was die zu beschaffenden Hilfen selbst anbelangt, so ist die Unterscheidung von bloß Besitzlosen und Grundbesitzern selbstverständlich gewesen. Bei ersterem ging die Regierung von der Ansicht aus, daß die Verabreichung von bloßen Almosen eine gänzlich verfehlte Maßregel wäre, sie hat das Prinzip der Arbeitsschaffung für zweckmäßig erachtet. Darunter gehören auch die Arbeiten, welche von Unternehmungen und Privatgesellschaften hergestellt werden sollen. Dabei war nicht der Gedanke maßgebend, diese zu subventioniren, sondern den Arbeitsbedürftigen Arbeit u. z. nützliche Arbeit zu verschaffen. Uebrigens ist es selbstverständlich, daß dabei alle Kautelen und Sicherheiten zur Anwendung kommen sollen, die erforderlich sind, um das Avar vor Verlusten zu bewahren. Bei diesem Punkte muß ich erwähnen, daß nach den eingelaufenen Berichten der Andrang von Arbeitern zu den bereits in Angriff genommenen öffentlichen Arbeiten im Nothstandsbezirke ein ungeheurer ist und nicht mehr befriedigt werden kann; dieß ist ein Beweis von der enormen Größe des wirklichen Nothstandes. Was die Grundbesitzer anbelangt, so lag nahe, daß eine Betheiligung mit Saatfrüchten und Ertheilung von Geldvorschüssen zur Anschaffung des verlorenen Viehs die Mittel seien, diese in die Lage zu setzen, sich und ihre Familie zu erhalten und ihnen die Möglichkeit zu bieten, aus dem Erlös der nächsten Ernte die Steuern berichtigen zu können. Wenn ich auch die Annahme der Regierungsvorlage empfehle, so kann ich doch nicht umhin, aus Anlaß einiger in der Debatte gefallenen Bemerkungen anzuerkennen, daß auch den Anträgen Ihres Ausschusses die wärmste Sympathie für die Nothleidenden in Ungarn zu Grunde gelegen ist. Weitere Bemerkungen behalte ich mir für die Spezialdebatte vor.

Nachdem noch der Beichterstatter den Ausschussantrag vertheidigt, wird die Generaldebatte geschlossen.

Die Spezialdebatte findet morgen Statt.

### 36. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 6. November.

Auf der Ministerbank: Caffer, Plener, Burger, später Schmerling, Hein; als Vertreter der ungarischen Hofkanzlei: Königl. Rath v. Gastein und Hofsekretär v. Somossy.

Nach Verlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe wird zur Tagesordnung und zwar zur „Spezialdebatte über den Nothstandskredit“ geschritten.

Der Titel: „Gesetz, betreffend den durch den Nothstand in Ungarn veranlaßten außerordentlichen Aufwand, wirksam für das ganze Reich“ wird ohne Debatte angenommen.

Präsident eröffnet die Debatte über die ersten drei Artikel zusammen (weil im ersten Artikel von Krediten die Rede ist und es leicht möglich ist, daß ein Antrag auf Bewilligung eines allgemeinen Kredits gestellt werde.) Präsident stellt zuerst die Unterstützungsfrage zu dem gestern gestellten Antrag Stene's (15 Millionen) und wird derselbe nicht unterstützt.

Mende. Anknüpfend an das gestern Gesagte stelle er folgenden Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen, es habe Art. 1 zu lauten: Aus Anlaß zc. wird für das Verwaltungsjahr 1864 ein außerordentlicher Kredit von 30 Millionen eröffnet, welcher von dem Finanzminister zu beschaffen und nach Maß des Bedarfes aus Reichsmitteln und zwar unverzinslich bis Ende Dezember 1865, vom 1. Jänner 1866 aber mit 5 pCt. zu Gunsten des Staatschazes verzinslich und in 6 gleichen Jahresraten, vom Tage der Verzinsung an gerechnet, rückzahlbar, dem ungarischen Landesfonde zuzuwenden sind.“ Redner motivirt seinen Antrag und sagt: es werde dann Sache des ungarischen Hofkanzlers sein, sich von dem ungarischen Landtage die Indemnität zu verschaffen. Wenn sein Antrag angenommen würde, so hätte demselben als zweiter Artikel bloß zu folgen: „Mit dem Vollzuge des Gesetzes wird der Finanzminister und der ungarische Hofkanzler betraut.“ (Der Antrag wird unterstützt.)

Mühlfeld. Er habe den Antrag Mende's unterstützt, weil er auch für die Ziffer von 30 Millionen sei. Sich gegen Herbst wendend, welcher ihm gestern den Vorwurf machte, daß er sich zu sehr von dem Gefühl leiten lasse, weist Redner auf die Polenfrage hin, welche das Gefühl und die Sympathie von Herrschern und von Völkern rege gemacht habe und fragt, warum man nicht die ungarische Nothstandsfrage auch mit Sympathie behandeln solle. Auf den Vorwurf desselben, er habe die Tabelle nicht gesehen, gibt er die Versicherung, er habe gelesen, er habe aber die Ziffern nicht für entscheidend gehalten.

Dr. Rehbauer. Mit Bezug auf den einzig korrekten Weg, den er gestern angedeutet, glaubt er, es sei im Hause eben nur die Maximalziffer zu beschließen und die Regierung aufzufordern, das Weitere im verfassungsmäßigen Wege auszuführen. Man habe den Vorwurf, daß aus der Frage politisches Kapital gemacht werde, darauf könne er nur antworten, daß es Allen sehr am Herzen liege und allen Verfassungsfreunden am Herzen liegen müsse, daß die ungarische Frage endlich gelöst werde. Er hätte sich für den Antrag Mende ausgesprochen, wenn dieser in seinem Antrag nicht den Landesfond verpflichtet hätte, welcher gegenwärtig keinen legalen Vertreter habe. Deshalb stelle er den Antrag: Art. 1. Aus Anlaß zc. wird ein außerordentlicher Kredit zur Abhilfe des Nothstandes in dem hiezu erforderlichen Betrage bis zur Maximalsumme von 30 Millionen eröffnet; Art. 2. Wegen Uebernahme der Schuld auf das Königreich Ungarn, dann wegen Verzinsung und Rückzahlung der verwendeten Kapitalien sind die Bestimmungen ebensolche im verfassungsmäßigen Wege zu treffen. (Wird unterstützt.)

Präsident verliest hierauf 3 Anträge, welche ihm bereits vor der Sitzung von Dr. Mühlfeld übergeben wurden und stellt die Unterstützungsfragen. Der erste lautet: es seien die Worte „mit Ausnahme des ehemals jurisdiktionsberechtigten Besitzstandes“ wegzulassen (wird unterstützt); der zweite: es sei die Ziffer auf 30 Millionen zu erhöhen (wird unterstützt); der dritte: es seien in dem Gesetze die Worte „an Privatgesellschaften“ und „Eisenbahnen“ (welchen Subventionen zukommen sollen) einzuschalten (wird unterstützt.)

Mende: Ihm liege vor Allem daran, daß dem Lande selbst das Darlehen zur Verfügung gestellt werde, und diesem vollkommenen Freiheit bei der Verwendung gelassen werde. Damit sein Antrag nicht durch die Ziffer falle, ersuche er, seinen Antrag mit 30 Millionen und Falls dieser nicht angenommen wurde, denselben mit der Ziffer von 20 Millionen zur Abstimmung zur bringen.

(Schluß folgt.)

## Oesterreich.

Wien. Se. Majestät der Kaiser haben für die Fortsetzung des Ausbaues der Pfarrkirche zu St. Johann im Pongau einen Betrag von 1000 fl. allergnädigst zu bewilligen geruht.

— Se. F. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Stephan haben dem Vereine zur Verbreitung von Druckschriften für Volksbildung den Betrag von 100 fl. zu geeigneter Verwendung aus Schloß Schaumburg gnädigst übersendet.

— Auf Antrag des Staatsanwalts hat das k. k. Landesgericht in Venedig mit Beschluß vom 16. Oktober d. J., Nr. 11345 die Schrift: *Del culto cattolico, osservazioni sopra un articolo del giornale agrario di Gorizia del 25 maggio 1863 relativo alla festa in cui ponevasi la pietra fondamentale della chiesa evangelica in Gorizia per un sacerdote del Friuli Aquileiese. Venezia, tipografia di Pietro Naratovich 1863*, aus welcher die „*Erst. Ztg.*“ kürzlich einzelne Sätze mittheilte, wegen Religionsstörung verboten.

## Ausland.

**Paris, 2. November.** Man erzählt sich mit Bezug auf den Besuch, den der junge König der Hellenen dem Tuilerienhofe abstattete, recht pikante Dinge. Es ist hinreichend bekannt, daß der Kaiser der Franzosen gegenüber der griechischen Frage in ihren letzten Stadien die Politik der Zurückhaltung beobachtete, daß er namentlich in Ansehung der Reorganisation des Königreiches Griechenland und der Neubefestigung seines Thrones mit einer gewissen Orientierung dem englischen Kabinett völlig freie Hand ließ. König Giorgios, oder vielmehr sein staatsmännischer Mentor, der gewandte Graf Spouneck, stellte sich nun während des hiesigen Aufenthaltes die Aufgabe, das Eis dieser Zurückhaltung zu brechen, und als Mittel hierzu sollte die über die diplomatischen Rücksichten sich hinwegsetzende jugendlich unbefangene Naivetät dienen. Es ging also der königliche Jüngling seinen kaiserlichen Gastfreund geradezu mit der Bitte an, sein Beschützer zu werden. Napoleon nahm diese Zuthunlichkeit nicht unfreundlich auf, aber am anderen Tage überraschte er seinerseits den erwählten König mit der, ich weiß nicht, ob mehr in die Form der Bedingung seiner Freundschaft oder mehr in diejenige des Beweises derselben gekleideten Aeußerung, die geeignetste Gemalin für ihn würde — die Prinzessin Anna Murat sein! Es ist die nämliche Dame, welche der Witze der Offiziere des Lagers von Chalons: „la fiancée du roi des Garbes“ genannt hat. Dieser Wink oder dieser Rath soll den Grafen Spouneck mehr als seinen Schützling in Verlegenheit gesetzt haben.

**Paris, 2. November.** Ihre Zeitung, schreibt man der „*N. A. Z.*“, hat vor einigen Tagen einige interessante Mittheilungen über die Zusammenkunft zwischen den Königen von Preußen und Belgien in Baden-Baden veröffentlicht. Ich bin jetzt im Stande, nicht nur diese Mittheilungen im Ganzen zu bestätigen, sondern selbst einige Einzelheiten hinzuzufügen, deren Echtheit ich Ihnen verbürgen kann. Die bekannte russisch-preussische Konvention vom 8. Februar 1863 hatte bekanntlich den Kaiser Napoleon sehr aufgebracht. Louis Napoleon ging damals selbst mit dem Gedanken um, dem König von Preußen den Krieg zu erklären, und gleich die Rheinprovinzen durch seine Truppen besetzen zu lassen. Schon waren die Dispositionen zu diesem Schritte getroffen, wobei nicht zu vergessen ist, daß man dabei nie unterscheiden kann, wie viel Ernst und wie viel bloßes Spiel hinter diesen Dispositionen steckt. Der Kaiser wendete sich an den belgischen Herrscher mit der Bitte, seine Armee in diesem Falle über das belgische Gebiet ziehen zu lassen. König Leopold wendete sowohl bei dem König von Preußen als bei dem Kaiser alles auf, um den drohenden Sturm zu beschwören, und er schätzte sich glücklich, als es seinen Bemühungen gelang, daß man die vielbesprochene Konvention in Berlin völlig fallen ließ. Zu gleicher Zeit drang er bei König Wilhelm auf eine Versöhnung mit dem Abgeordnetenhaus, doch konnte er, wie es scheint, nur bewirken, daß man auf gewisse innere Pläne verzichtete. Im März d. J., nachdem man in Preußen eingesehen hatte, welchen Gefahren das Land ausgesetzt war, scheint König Wilhelm einen Brief an den König der Belgier geschrieben zu haben, in welchem er unter Andern gesagt haben soll: „Nie werde ich vergessen, daß Sie der rettende Engel Preußens waren.“ Daraus mögen Sie auf die Wahrscheinlichkeit schließen, daß die beiden Könige sich auch in Baden-Baden über die innern Zustände Preußens unterhielten. Daß es leider mit schlechtem Erfolg geschehen, haben Sie in Ihrer Brüsseler Korrespondenz richtig gesagt.

— Aus **Warschau** vom 31. Oktober verlautet folgende „authentische“ Nachricht über die Verhaftung des k. sächsischen Generalkonsuls Stanislaus Lesser: Der Herr Generalkonsul wurde von dem polizeilichen Besuche in seinem Schlafzimmer überrascht. Der Polizeimeister und der Bezirkskommissär erklärten Herrn Lesser, daß er aus Rücksicht auf seine Eigenschaft als Konsul nur in seiner Wohnung verhaftet sei, während er sonst nach der Zitadelle abgeführt werden müßte. Später versiegelten die Beamten die Konsulatskanzlei und gleichzeitig wurde in der Wohnung eine genaue Hausdurchsuchung abgehalten, die ganz

resultatlos blieb, da nicht das geringste Verdächtige vorgefunden wurde. Der Hausarrest war also keineswegs die Folge der Hausdurchsuchung, wie einer Ihrer Korrespondenten gemeldet hatte. Am nächsten Morgen wurde Herr Lesser vom Hausarrest befreit und am 24. Abends 8 Uhr wurden die Siegel von der Kanzlei durch die Polizei wieder abgenommen, ohne daß eine Revision abgehalten worden wäre. Was den ganzen Verfall veranlaßt habe, ist dem Herrn Generalkonsul selbst ein Geheimniß geblieben.

— Vom 28. Oktober bringt die „*N. Z.*“ Folgendes: Der Prior der Augustiner ist heute Morgens durch Vergiftung gestorben; ein Anderer, welcher von derselben Speise genossen, liegt gefährlich krank darnieder. — Der Mörder des Dr. Herman (Berthold) im Hotel de l'Europe ist verhaftet und hat seine Schuld eingestanden.

## Tagesbericht.

**Salzbach, 9. November.**

Die gesellige Unterhaltung des „*Salzbacher Turnvereins*“ vorigen Samstag Abend war sehr zahlreich besucht und recht animirt. Eine Skizze der geschichtlichen Entwicklung des Turnens bildete den Anfang, dann folgten Chor- und Quartettgesänge, so wie Deklamationen erusten und heitern Inhalts. Es dürften diese Turnereben bald zu den unterhaltendsten der Saison zählen.

— Die gestrige, im deutschen Ordenssaal von den Mitgliedern des katholischen Gesellenvereins veranstaltete theatralische Vorstellung war durch die Anwesenheit Sr. Excellenz des Herrn Statthalters Freiherrn von Schloßnigg und des Herrn Landesgerichts-Präsidenten Dr. Uschi in ausgezeichnet. Sie wurde mit einer slovenischen Deklamation eröffnet, worauf die beiden im Programm enthaltenen Stücke: „*Josef Heyderich*, oder: die österreichische Soldatentreue“ und „*Der Bürgerinn*“ folgten. Sie waren gut einstudirt und einzelne Szenen wurden recht exakt ausgeführt. Zwischen den Akten wurde deutsch und slovenisch gesungen. Die Vorstellung dauerte von 5 bis gegen 8 Uhr, und endete mit dem Absingen der Volkshymne, unter lebhaftem Applaus der zahlreichen Versammlung.

— Freitag Abends wurde im Vorhause des Hauses Nr. 154 in der Stadt, ein bei 9 Monate altes, ausgezetztes Kind, männlichen Geschlechtes, gefunden.

— Bei dem im Monate Oktober von Stadt- und Magistrat gepflogenen lokalpolizeilichen Amtshandlungen wurden 3 Fleisch- und 10 Widpretkonfiskationen, ferner 3 Konfiskationen falscher Wagen und Maße vorgenommen; bei 5 Milchproben wurden 2 Anstände erhoben, ferner wurden 2 Vorkäufe beanstandet und wegen Passagesstörungen 3, wegen Uebertretung der Reinlichkeitsvorschriften 3 Parteien zur Verantwortung gezogen.

— In Trieß ist nunmehr das Plazdiener-Institut begründet worden und verspricht rasch Wurzel zu fassen.

## Bermischte Nachrichten.

Unter den Schützen, die am Landesfreischießen in Tirol theilgenommen haben, befanden sich nicht weniger als 102 Mayr. Abgesehen von den häufig vorkommenden Namen: Obermayr, Niedermayr, Untermayr, Ebenmayr, Ameyer, Mayrkircher, Mayrbauer, Mayregger, Mayrhofer u. c. Ein anschließliches Mayrfreischießen läge also durchaus nicht außer dem Bereich der Möglichkeit.

— Kaiser Napoleon will in Abyssinien nach Art der Hudsons-Pay-Compagnie eine große Gesellschaft zur Ausbeutung der dortigen Jagd gründen. Dieselbe soll militärisch organisiert werden, und vorläufig aus 1000 wohlbewaffneten Scharfschützen bestehen. Jeder Jäger verpflichtet sich zu einer Dienstzeit von drei Jahren, und erhält nach Ablauf derselben eine Gratifikation von 6000 Franks. Während der Expedition werden ihm Kleidung, Waffen, Nahrung, kurz alle Bedürfnisse geliefert, und außerdem bezieht er täglich einen halben Frank. Trotz dieser verlockenden Aussichten haben sich in Frankreich vorläufig nur 30 Mann, die bereits in Alexandrien eingetroffen sind, anwerben lassen. Das Depot der Gesellschaft befindet sich in Kairo. Fürcht vor dem Klima (das übrigens gesund und gemäßigt ist) dürfte den Zulauf abschrecken.

## Nachtrag.

**Wien, 7. November.** Die Depesche, mittelst welcher das französische Kabinett Oesterreich zur Beschickung eines Kongresses auffordert, ist heute im Hotel des französischen Botschafters eingetroffen; wir wissen nicht, ob sie bereits dem Grafen Rechberg

übergeben wurde. Dagegen erzählt man, daß der Bundespräsidialgesandte Baron Kübel bereits mittelst Telegramms hier die Anzeige gemacht hat, der französische Gesandte in Frankfurt habe die betreffende Note des Herrn Drouyn de Lhuys, mittelst welcher der deutsche Bund zur Beschickung des Kongresses eingeladen wird, dem Präsidium überreicht. Uebrigens scheint man in Paris die Miene anzunehmen, als sei die Einladung zum Kongresse die friedlichste Sache von der Welt. Nicht nur, daß am Tage vor der Eröffnung sowohl Lord Cowley als Baron Bubberg die Versicherung erhielten, daß die kaiserliche Rede eine für die Erhaltung des Friedens ungemein günstige sei, sondern dieselbe Versicherung ist auch an die französische Botschaft hierher gemeldet worden. In formaler Beziehung waren diese Mittheilungen allerdings richtig. Die Thronrede enthielt nichts, was auf eine bewaffnete Einmischung hindeutet, und der Kongress soll ja nach französischer Auffassung nur ins Leben treten — um den Frieden zu sichern! (Ost. P.)

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Frankfurt, 7. November.** Sicherem Vernehmen nach ist die Einladung des Kaisers der Franzosen zum Kongress zu Händen des Präsidial-Gesandten gestern dem Bundestage zugegangen, und zwar bevor noch eine solche Einladung an die Adresse der beiden deutschen Großmächte in Wien und Berlin übergeben war. (Pr.)

**Berlin, 6. November.** Die „*Nordb. Allg. Ztg.*“ erfährt aus guter Quelle, der König werde Montags die beiden Häuser des Landtages in Person eröffnen.

**Berlin, 7. November.** Die „*Nordb. Allg. Ztg.*“ meldet, der König werde den Landtag persönlich eröffnen. Auch der Kronprinz werde zur Eröffnungserwartung; doch habe dessen Abreise von England durch die das Auslaufen aus dem Kanal hindernden Stürme einen augenblicklichen Verzug erfahren.

**Paris, 6. November.** „*France*“ sagt: Ein Schreiben des Kaisers werde an die Souveraine gerichtet werden, um ihnen den Vorschlag eines Kongresses zu unterbreiten. Ein europäischer Kongress könne als zusammenberufen betrachtet werden. In einigen Tagen werden wir wissen, ob der Kongress angenommen sei oder abgelehnt.

**London, 7. November.** Alle Journale verwerfen den Kongressvorschlag des Kaisers Napoleon; England werde keine europäische Revision erlauben. „*Times*“ findet die Thronrede „nicht ganz friedliebend“.

**Kopenhagen, 6. November.** Das heutige „*Faebrelandet*“ sagt: Wenngleich es noch nicht ganz gewiß ist, daß die Unterzeichnung des dänisch-schwedischen Bündnisses bereits stattgefunden, können wir doch aus zuverlässiger Quelle versichern, daß Graf Hamilton bereits am 27. Oktober die Unterzeichnungsvollmacht erhalten hat.

## Markt- und Geschäftsbericht.

**Salzbach, 7. Novbr.** Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 12 Wagen mit Getreide, 6 Wagen mit Heu und Stroh, 65 Wagen mit Holz, 14 Schiffe mit Holz, 520 Mehen Erdäpfel.

(*Wochenmarkt-Preise*.) Weizen pr. Mehen fl. 4.88 (Magazin-Preis fl. 5.41); Korn fl. 2.90 (Mg. Pr. fl. 3.20); Gerste fl. 2.50 (Mg. Pr. fl. 2.92); Hafer fl. — (Mg. Pr. fl. 2.36); Halbfrucht fl. — (Mg. Pr. fl. 3.75); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.50); Hirse fl. 2.50 (Mg. Pr. fl. 2.82); Kukuruz fl. — (Mg. Pr. fl. 3.40); Erdäpfel fl. 1.30 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Bifolen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund kr. 48, Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 28, detto geräuchert kr. 39; Butter kr. 46; Eier pr. Stück kr. 2; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 24, Schweinefleisch kr. 23, Schöpfenfleisch kr. 12; Hähnchel pr. Stück kr. 23, Lauben kr. 13; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.50, Stroh kr. 70—90; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother, pr. Eimer fl. 10 bis 14, detto weißer fl. — bis —, im allgemeinen Verkehr.

## Theater.

Heute, Montag: „*Vom Juristentage*.“ Posse, in 1 Akt, von Vanger. „*Zehn Mädchen und kein Mann*.“ Operette, in 1 Akt, von Suppé. Morgen, Dienstag: Zur Feier des Geburtstages Friedrich Schiller's: „*Die Karlschüler*.“

